

Ressort: Politik

Ost-Ministerpräsidenten fordern mehr ostdeutsche Führungskräfte

Berlin, 08.11.2017, 13:41 Uhr

GDN - Vier Ministerpräsidenten der neuen Länder haben kritisiert, dass Ostdeutsche zu selten für Spitzenämter berücksichtigt werden. "Wir brauchen mehr Ostdeutsche in Führungspositionen", sagte Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD) der Wochenzeitung "Die Zeit".

Das gelte nicht nur für die Bundesregierung, die öffentliche Verwaltungen oder die Parteien, sondern auch in der Wirtschaft oder an der Spitze großer gesellschaftlicher Organisationen. Schwesig forderte eine gezieltere Förderung ostdeutscher Nachwuchskräfte. "Es ist kein gutes Zeichen, dass 27 Jahre nach der Deutschen Einheit die frühere innerdeutsche Grenze bei der Besetzung von Spitzenämtern noch immer sichtbar ist", so die SPD-Politikerin. Auch Reiner Haseloff (CDU), Regierungschef in Sachsen-Anhalt, verwies auf ein offensichtliches "Ungleichgewicht". Es sei ein Fakt, "dass noch immer Ostdeutsche zu wenig an wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligt werden". Dass man darauf noch hinweisen müsse, sei bedenklich, sagte Haseloff der Zeitung. "Ich bin überzeugt: Bei strenger Beachtung des Leistungsprinzips würden genügend Ostdeutsche in Führungspositionen aufsteigen. Sie sind nicht weniger qualifiziert als ihre Mitbewerberinnen und Mitbewerber aus anderen Regionen." Dass sie dennoch häufig nicht in Leitungspositionen aufrückten, könne sich negativ auf die "Akzeptanz unserer demokratischen Institutionen" auswirken. Haseloffs thüringischer Amtskollege Bodo Ramelow (Linke) forderte zudem eine "neue Wertschätzung ostdeutscher Lebensleistungen", denn: "Unsere ostdeutschen Erfahrungen werden noch sehr wertvoll werden." Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke konstatierte schließlich eine "gläserne Decke" etwa in der Justiz. "Dort war es bisher für Ostdeutsche schwierig, Spitzenjobs zu erreichen", sagte Woidke der "Zeit". Bundesweit gebe es zum Beispiel nur einen einzigen Ostdeutschen als Präsidenten eines Verfassungsgerichts - in Brandenburg. Eine dezidierte Ost-Quote befürworteten die Ministerpräsidenten nicht. Für so eine Quote setzt sich allerdings Gesine Schwan ein, zweimalige Bundespräsidenten-Kandidatin der SPD: "Ich bin heute, 27 Jahre nach der Einheit, für eine Ost-Quote", sagte sie der Zeitung. "Die Ostdeutschen sind jetzt reif für Führungspositionen, und es wird Zeit, dass die Westdeutschen gezwungen werden, die Ostdeutschen in Verantwortung kommen zu lassen", so Schwan, die früher Rektorin der Europa-Uni Viadrina in Frankfurt (Oder) war. Mehrere Studien hatten zuletzt nachgewiesen, dass Ostdeutsche in den Eliten der Bundesrepublik - auch denen in den neuen Ländern - unterrepräsentiert sind. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, beklagte daher einen "kulturellen Kolonialismus" und löste damit eine neue Debatte über mangelnde Aufstiegschancen für Ostdeutsche aus.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-97306/ost-ministerpraesidenten-fordern-mehr-ostdeutsche-fuehrungskraefte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com